

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 127. Ratssitzung vom 6. Juni 2012

2772. 2008/309

Weisung 487 vom 10.03.2010:

Einzelinitiative von Bruno Kammerer «Strassenverkehr, unterirdische Führung am Seebecken», Bericht und Antrag auf Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Die am 9. Juli 2008 eingereichte Einzelinitiative von Bruno Kammerer «Strassenverkehr, unterirdische Führung am Seebecken» (GR Nr. 2008/309), wird abgelehnt.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): *SP-Altgemeinderat Bruno Kammerer legte seinerzeit eine sehr allgemein formulierte Einzelinitiative vor. Diese schlägt vor, die Belastung durch den privaten Autoverkehr entlang des innerstädtischen Seebeckens mit einem Tunnelbau zu lösen. Damit ein solcher Tunnel überhaupt zu markanten Entlastungswirkungen führen kann, müsste er möglichst nahe an der Quaibrücke liegen. Ein Tunnel unter dem Wasser zieht einen offenen Rampenbau nach sich. Der Bau dieser Rampen würde in diesem sensiblen innerstädtischen Bereich mindestens 150 Meter Länge betragen. Das sind hässliche städtebauliche Eingriffe, die eventuell auch Häuserabbrisse an der Talstrasse zur Folge hätten. Dazu gesellen sich die hohen Kosten, welche die Stadt vollumfänglich übernehmen müsste, und das Problem mit der archäologischen Schutzzone im unteren Seebecken, die mittlerweile UNESCO-Weltkulturerbe ist. Die Idee ist abstrus und unkonkret, die Abklärungen dazu dürftig. Aus all diesen Gründen ist die Weisung abzulehnen.*

Mauro Tuena (SVP): *Ich dachte, dass es den linken Parteien auch darum geht, den motorisierten Autoverkehr möglichst von den Plätzen und Strassen wegzuleiten und unterirdisch zu führen. Stattdessen kommt vom Stadtrat eine Vorlage mit überhohen Kosten. Eine präzise Finanzanalyse ist offenbar nur bei Weisungen zu erwarten, in denen es um den öffentlichen Verkehr geht. Wir wollen diese Einzelinitiative weiter am Leben erhalten, damit der Stadtrat sie ausformulieren kann. Der Raum Bürkliplatz-Quaibrücke-Bellevue gehört zu den schönsten Plätzen in Zürich. Warum wünscht man sich hier nicht mehr Raum für FussgängerInnen? Der motorisierte Individualverkehr wird in Zukunft nicht kleiner. Hier liegt ein Projekt vor, das eine Lösung anbietet.*

Persönliche Erklärung:

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur schriftdeutschen Sprache beim Vortragen von Voten im Gemeinderat.

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): Seit 1986 verbindet fast alle Parteien in diesem Rat ein Anliegen: Das Seebecken, in einigen Fällen auch nur den Sechseläutenplatz, aus seinem mobilen Würgegriff zu befreien. Der Stadtrat wurde mit der Initiative Kammerer aufgefordert, Überlegungen in freier Form anzustellen. Herausgekommen ist dabei ein gigantomanistisches Projekt. Fünf bis zu vierspurige Grossrampen mitten in der Innenstadt - auch in der Bahnhofstrasse-, zwei unterirdische Grosskreisel, Kosten von weit über 700 Millionen Franken. Wäre es so schwierig gewesen, die allgemeine Anregung Kammerers aufzunehmen und ein Projekt zu entwickeln, das zumindest im Wesentlichen dem Anliegen dieses Vorstosses gerecht würde? Auch die FDP will dieses Projekt in der vom Stadtrat geschilderten Form nicht. Wir sind aber überzeugt davon, dass es zahlbare und städtebaulich verträgliche Lösungen gibt. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, machbare Alternativen zu präsentieren.

Alan David Sangines (SP): Bruno Kammerer hat mit seiner Initiative ein wichtiges Thema aufgegriffen: Rund um den Zürichsee gibt es viel zu viel Autoverkehr. Doch auch wir haben die Weisung sorgfältig geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass es einen Tunnel unter dem Zürichsee nicht geben kann. Die Rampen würden die Stadt verschandeln, der ganze Spass würde zwischen 700 Millionen Franken und 1,2 Milliarden Franken kosten. Darin sind die Begleitkosten noch nicht enthalten. Die selbsternannte Sparfraktion SVP, die uns sonst immer vorwirft, alles Geld aus dem Fenster zu schmeissen, will nun eine Unsumme für ein bisschen Beton unter dem Zürichsee ausgeben. Die Stadt hat einen Investitionsplafonds von 850 Millionen Franken. Baut man den Seetunnel, könnte ein Jahr lang kein einziger Franken mehr in Strassensanierungen, Fussballstadien oder Kongresszentren investiert werden.

Guido Trevisan (GLP): Nur gerade die Hälfte der AutofahrerInnen, die von Tiefenbrunnen her kommen, wollen überhaupt auf die andere Seite der Limmat. Dies haben Berechnungen der Dienstabteilung Verkehr ergeben. Die andere Hälfte hat weiterhin den Anspruch, oberirdisch zu verkehren. Eine unterirdische Führung vom Bellevue bis zum Heimplatz ist nicht machbar, da die Steigung der Rämistrasse zusätzlich überwunden werden müsste. Nicht nur die Rämistrasse, sondern auch alle anderen Auffahrten wären mehrere hundert Meter lang, eine Fläche die nicht genutzt werden könnte. Es gilt die Ursache zu bekämpfen, also beim motorisierten Individualverkehr anzusetzen. Ein Tunnel löst die Verkehrsprobleme nicht, er verlagert sie nur unter die Erde. Auch dort werden Abgase produziert.

Alecs Recher (AL): Die einfachste Lösung wäre, das Gebiet rund um das innerstädtische Seebecken für den Verkehr zu sperren. Leider ist dies nicht realistisch. Wenn man das angestrebte Ziel erreichen möchte, muss man langfristiger und grossräumiger über den Verkehrsfluss nachdenken. Die Tunnelidee alleine löst das Problem nicht.

Roger Tognella (FDP): Eine Vision umzusetzen, braucht Geld. Die Lebensqualität in Zürich verbessern zu wollen, erfordert Mut zu grossen Würfeln. Als mit der Seeaufschüttung die Möglichkeit einer Promenade geschaffen wurde, hätte die Mehrheit hier im Rat vermutlich diese Idee auch abgeschmettert. Die FDP steht hinter dem Projekt Seetunnel, wir möchten das verfeinert wissen. Unsere Aufgabe als ParlamentarierInnen ist es, Visionen voran zu treiben.

Markus Knauss (Grüne): Die Stadtzürcher SteuerzahlerInnen sollen eine kantonale Hochleistungsstrasse bauen und damit die kantonale Strassenkasse entlasten. Sie sollen dafür mindestens 700 Millionen Franken ausgeben, damit die Goldküstengemeinden einen direkten Autobahnanschluss bekommen und ihren Steuerfuss möglichst tief halten können. Alle Projekte in der Stadt Zürich, die in den nächsten Jahren für die Bevölkerung realisiert werden sollen, könnten nicht umgesetzt werden, wenn wir alles in diesem Seetunnel versenken. Bruno Kammerer will eine Veränderung für ein paar hundert Meter Strasse, während der Rest der Stadt im Verkehrschaos versinkt. Dieser Vorschlag hat überhaupt nichts Visionäres. Es geht um ein konservatives Verharren auf dem ewig gleichen. Die Initiative ist ein Relikt aus einer Zeit, in der man dachte, mit ein bisschen Technik könnten endlich alle Probleme gelöst werden.

Mauro Tuena (SVP): Niemand hat behauptet, dass die Zürcher SteuerzahlerInnen allein das nötige Geld besorgen müssen. Es ist nicht gesagt, dass Kanton und Bund nicht bereit wären, sich finanziell an dem Projekt zu beteiligen. Wir müssen gemeinsam Lösungen schaffen, wie wir die Stau-Problematik, die durch die Verkehrsbehinderungsmassnahmen des rot-grünen Stadtrats entsteht, in den Griff bekommen können.

Mario Mariani (CVP): In Barcelona wird der Verkehr auch unter die Erde verbannt. Dadurch gewinnt man einen riesigen Mehrwert. Wir bauen das Glasfasernetz für 400 Millionen Franken aus, die Einhausung Schwamendingen kostet uns 300 Millionen Franken. Auch für diese grossen Beträge bekommen wir etwas. Der Stadtrat sollte nochmals die Möglichkeit erhalten, ein realistisches Projekt vorzulegen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Immer wenn es darum geht, das Tempo-30-Diktat durchzusetzen, ist man für Lärm- und Umweltschutz. Steht etwas anderes im Zentrum, ist der Lärm- und Umweltschutz plötzlich inexistent. Wir haben nie gefordert, dass das Projekt 700 Millionen Franken kostet. Es war der Stadtrat, der dieses Argument vorbrachte. Und er war es auch, der nur ein einziges Büro mit dem entsprechenden Gutachten betreute.

Dr. Richard Wolff (AL): Es sind sich offenbar alle einig, dass man die Lage am See aufbessern muss, weil sie der grösste Trumpf der Stadt ist. Nur an der Lösung scheiden

sich die Geister. Ich bin nicht glücklich darüber, die Kammerer-Initiative einfach abzuschmettern. Wir müssen weiter überlegen, was dort möglich ist und einen Kompromiss finden.

Min Li Marti (SP): Das interessante an der Diskussion ist die verkehrte Welt. Die Bürgerlichen dramatisieren sonst wegen jeden 1000 Franken und jetzt wollen sie 700 Millionen Franken ausgeben. Die Initiative ist ein sympathisches Anliegen, aber einfach nicht realisierbar.

Martin Luchsinger (GLP): Wenn die Vision der SVP so aussieht, dass man Dreck unter die Erde verbuddelt, dann haben wir ein massives Problem in der Stadt. Unsere Vision ist es, den öffentlichen Verkehr zu einer Low-Emission-Traffic-Zone auszubauen. Wir müssen uns fragen, ob wir das Geld für die richtigen Visionen ausgeben. Um darüber zu diskutieren, müssen wir keine Einzelinitiative offen lassen, das können wir auch so.

Florian Utz (SP): Es wurde gesagt, dass das Projekt die Stadt nicht 700 Millionen Franken bis 1,2 Milliarden Franken kosten müsste, weil man Public Private Partnerships eingehen könnte. Doch dabei tauchen zwei Probleme auf. Erstens wollen die Privaten Rendite, zweitens müssen auf das Geld Abschreibungen vorgenommen werden. 77 Millionen Franken müssten jedes Jahr eingenommen werden, um die Rendite und die Abschreibungen finanzieren zu können. Dazu kämen Betriebskosten, Reinigungs- und Unterhaltskosten. Kein privater Investor wird jemals auch nur einen Franken in dieses Projekt stecken, weil es ziemlich weit weg von der ökologischen Realität ist.

Marc Bourgeois (FDP): Der Autoverkehr, der den Ursprung nicht in der engeren Innenstadt hat, soll mit der günstigsten technisch möglichen Lösung von der Oberfläche verbannt werden. Dies würde funktionieren, wenn man die zweite obere Spur im Tagbau unter die erste Spur legt. Das Ganze würde nicht zu einer Kapazitätserweiterung führen, sondern würde einfach die obere Aufenthaltsqualität verbessern. Das Bauwerk wäre halb so lang, hätte halb so viele Spuren, keine Grosskreisel, nur zwei Rampen und würde ein Viertel der jetzigen Kosten beanspruchen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Das Ingenieurbüro, das 2009 vom Tiefbauamt mit einer städtebaulichen Einschätzung des Projekts beauftragt wurde, hielt den Bau eines vierspurigen Tunnels mit unterirdischen Kreiseln und entsprechend langen Rampen für unabdingbar. An dem städtebaulich heiklen Ort sind diese grossen Veränderungen das Hauptproblem. Die archäologische Schutzzone im unteren Seebecken ist ebenfalls heikel, ausserdem haben wir grosse Auffüllgebiete. Durch die Aufschüttung beim Bellevue existiert dort nun ein relativ schlechter Baugrund. Die Kosten sind zu hoch. Wir wissen nicht, ob sich Bund und Kanton daran beteiligen würden. Die Stadt hat aber grundsätzlich Interesse an einer Aufwertung des Seebeckens, weshalb verschiedene Sanierungsarbeiten bereits in Planung sind.

5 / 9

Antrag auf Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Antrags.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage beauftragt. Die Umsetzungsvorlage ist dem Gemeinderat innert 18 Monaten seit der Beschlussfassung des Gemeinderats in dieser Sache vorzulegen.

Mehrheit: Präsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Peider Filli (Grüne), Hans Jörg Käppeli (SP), Alecs Recher (AL), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP)
Minderheit: Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Referent; Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüsey (SVP), Roland Scheck (SVP), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 44 Stimmen zu.

Marc Bourgeois (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Marc Bourgeois (FDP) mit 97 gegen 5 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Peider Filli (Grüne), Hans Jörg Käppeli (SP), Alecs Recher (AL), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP)
Minderheit: Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Referent; Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüsey (SVP), Roland Scheck (SVP), Roger Tognella (FDP)

Abstimmung unter Namensaufruf:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA

084	Angst	Walter	AL	ENTHALTEN
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
060	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	--
106	Blöchlinger	Patrick	SD	JA
161	Bosshard	Gerhard	EVP	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
043	Butz	Marlène	SP	--
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
050	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	JA
003	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
033	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	JA
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
036	Hauri	Andreas	GLP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
049	Heinrich	Uschi	SP	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	--
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
088	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	--
037	Hüni	Guido	GLP	--

127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	NEIN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
069	Kunz	Markus	Grüne	--
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
001	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
156	Margrit	Haller	SVP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	NEIN
048	Marti	Min Li	SP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	NEIN
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	JA
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
005	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
083	Rutherford	Catherine	AL	ENTHALTEN
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	--
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN

077	Scherr	Niklaus	AL	ENTHALTEN
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	NEIN
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
071	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
059	Tozzi	Lucia	SP	--
099	Traber	Christian	CVP	--
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urban	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	NEIN
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	--
157	Weiss	Urs	SVP	--
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	ENTHALTEN
066	Würth	Eva-Maria	SP	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 44 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

9 / 9

Die am 9. Juli 2008 eingereichte Einzelinitiative von Bruno Kammerer «Strassenverkehr, unterirdische Führung am Seebecken» (GR Nr. 2008/309), wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat und an Bruno Kammerer, Langstrasse 33, 8004 Zürich sowie amtliche Publikation am 13. Juni 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat